

Arge MK fährt Ein-Euro-Jobs massiv zurück

Märkischer Kreis, 29.11.2010, Jörg Jung



Ein-Euro-Jobs müssen zusätzlich und gemeinnützig sein.

Märkischer Kreis. Die Zeit der Ein-Euro-Jobs neigt sich nun auch im Märkischen Kreis dem Ende: Angesichts drastisch zusammengestrichener Bundesmittel kündigte Arge-Chef Volker Riecke gestern im Gespräch mit der WR an, die Zahl der Euro-Jobber im kommenden Jahr „massiv“ zurückzufahren. Städte und Wohlfahrtsverbände, die derzeit noch etwa 1300 Arbeitslose für sich arbeiten lassen, müssten sich auf „gravierende Einschnitte“ einstellen.

Die genauen Zahlen wollte Riecke gestern allerdings noch nicht nennen, da in den nächsten Tagen zunächst die Träger der Arbeitsgelegenheiten über die geplanten Kürzungen informiert werden sollen. Es sei nicht auszuschließen, so der Arge-Chef, dass sich kleinere Träger künftig zusammenschließen müssen, um die vertraglich verlangte **Betreuung und Schulung der Ein-Euro-Jobber** überhaupt noch finanzieren zu können.

Riecke betont, dass dieser Schritt nichts mit der jüngsten Kritik des Bundesrechnungshofes an den Ein-Euro-Jobs zu tun habe. Im Märkischen Kreis sei Missbrauch „immer eine absolute Ausnahme“ gewesen. Hier würden die so genannten Arbeitsgelegenheiten „definitiv nicht“ dazu benutzt, reguläre Arbeitsplätze zu ersetzen. Nachdem es vor vier Jahren dementsprechende Kritik aus der Handwerkerschaft gab, habe man zusammen **mit dem Arge-Beirat** die vorhandenen Ein-Euro-Jobs überprüft und einige tatsächlich auch gestrichen, weil sie entweder nicht gemeinnützig oder nicht zusätzlich waren. Seit dem, so Riecke, „läuft alles reibungslos“.

Jobber dürfen Gärtner nicht ersetzen

Irritiert zeigt sich Riecke in diesem Zusammenhang über die jüngsten Äußerungen von Bodo Schmidt (Abteilungsleiter Soziales und Wohnen in Werdohl). Dieser hatte vor einigen Tagen den Einsatz von Ein-Euro-Jobbern im Lennebereich im Gespräch mit der WR damit begründet, dass sich die Stadt professionelle Gärtner nicht leisten könne. Auf diese Weise, so Riecke, könne der Einsatz von Ein-Euro-Jobbern natürlich nicht gerechtfertigt werden. **„Die normale Pflege der städtischen Grünanlagen darf auf keine Fall durch Euro-Jobber gemacht werden.“**